

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 27.06.2018

Von Jana Frielinghaus

29.06.2018

Gelebte Abwehr

In Österreich proben 700 Polizisten und Soldaten den Grenzschutz. Schiff mit 230 Flüchtlingen an Bord darf nach langem Warten in Malta anlegen



Martialische Machtdemonstration: Im Süden Österreichs hinderten am Dienstag Hunderte Polizisten und Soldaten 200 »Migranten« am Grenzübertritt

Foto: Lisi Niesner/REUTERS

In Deutschland und Europa sei eine große Mehrheit für eine »freundliche Wortwahl« bei gleichzeitiger Härte in der Flüchtlingspolitik. Das konstatierte der Historiker Götz Aly am

Dienstag in seiner Kolumne für die *Berliner Zeitung*. Auf Österreich dürfte diese Einschätzung nicht ganz zutreffen. Dort setzt man auch verbal auf brachiale Machtdemonstrationen. Am Dienstag morgen hielten Militär und Polizei der Alpenrepublik an der Grenze zu Slowenien ein gemeinsames Großmanöver zur Abwehr von Flüchtlingen ab. Auch das, was derzeit von Mittelmeeranrainerstaaten exekutiert wird, steht eher für explizite Härte. Wieder musste mit der »Lifeline« ein Rettungsschiff fünf Tage lang in Küstengewässern ausharren – bis es am Dienstag hieß, es dürfe in einem Hafen von Malta anlegen. An Bord des nur 30 Meter langen Schiffes waren 234 Geflüchtete.

Das Manöver von Österreichs Polizei und Armee fand in Spielfeld in der Südsteiermark statt. Seit der »Schließung« der Balkanroute durch die Staaten Südosteuropas kommen dort zwar kaum noch Menschen an. Nichtsdestotrotz marschierten am Dienstag auf Weisung von Innenminister Herbert Kickl von der rechten FPÖ 500 Polizisten und 200 Soldaten auf, um am Grenzzaun des Ortes rund 200 »Flüchtlinge«, dargestellt von Polizeischülern, von dessen Überwindung abzuhalten. Kickl erklärte, man wolle mit der Simulation ein »klares Signal in die Welt hinaussenden«. Ereignisse wie 2015 – damals hatten Zehntausende Geflüchtete, die seit Wochen zu Fuß durch Europa gewandert waren, über Spielfeld die Alpenrepublik erreicht – dürften sich »nie mehr wiederholen«.

Zum Rettungsschiff der deutschen Hilfsorganisation »Mission Lifeline« erklärte der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte am Dienstag, er habe mit dem maltesischen Premier Joseph Muscat telefoniert, es dürfe nun in dem Inselstaat anlegen. Am Nachmittag teilte Mission Lifeline mit, es gebe noch immer kein O. K., dass man tatsächlich anlegen dürfe. Maltas Regierung hatte zuvor zur Bedingung gemacht, dass die Geflüchteten danach auf EU-Länder verteilt werden. Entsprechende Zusagen gibt es bislang von Italien, Frankreich und von der Stadt Berlin. Letztere braucht aber die Genehmigung der Bundesregierung.

Die Justizbehörden von Malta prüfen derzeit Ermittlungen gegen den Kapitän der Lifeline. Dieser habe bei der Rettungsaktion vergangene Woche Anweisungen der italienischen Behörden ignoriert, teilte die Regierung in Valletta am Dienstag mit. Die italienische Regierung hatte erklärt, den NGO die Anweisung gegeben zu haben, die Bergung von Menschen in Seenot der libyschen Küstenwache zu überlassen. Dagegen sagte Ruben Neugebauer, Sprecher der deutschen Hilfsorganisation Sea-Watch, am Dienstag gegenüber *dpa*, die libysche Küstenwache habe auf eine Anfrage der Lifeline für eine Rettung nicht reagiert.

Die Arbeit von Rettungsorganisationen wird insbesondere von Italien boykottiert. Die Regierung in Rom behauptet, diese seien »Handlanger« von Schleppern und verweigert ihnen das Einlaufen in italienische Häfen. Dagegen bekommen Militär-, Handels- und Küstenwacheschiffe noch entsprechende Genehmigungen, allerdings oft mit großer Verzögerung. Das dänische Containerschiff »Alexander Maersk« durfte am Dienstag erst vier Tage nach der Aufnahme von Flüchtlingen in Sizilien anlegen.